

Skeeter Davis +++ Skeeter Davis +++ Skeeter Davis
The End of the World
Skeeter Davis +++ Skeeter Davis +++ Skeeter Davis

EDITORIAL DES REFERENTEN



Werte Leser:innen,

das Kalenderjahr nähert sich seinem natürlichen Ende. Die „inoffizielle Weihnachtmarkthauptstadt“ Dresden kuschelt sich schneemat-schig ins Elbtal, und fast entsteht der Eindruck, kein Wässerchen könnte diese Winteridylle trüben.

Als Schreiberling für die Fraktion der DISSIDENTEN verfolge ich allerdings Monat für Monat die kommunalpolitischen Zumutungen, denen die Dresdner:innen ausgesetzt sind. Und an Zumutungen war dieses Jahr nicht arm.

Angefangen mit einem Beigeordnetenstreit biblischen Ausmaßes, der letztlich niemanden mit Ruhm bekleckert hat, über Haushaltsverhandlungen die im Desaster, respektive einer Haushaltssperre endeten, unsäglichen Debatten über „de Asylanträ“ und in welchen Container man sie denn nun stecken will, bis zu einem OB, der von einem privaten in den nächsten Geldverschwendungsskandal schlittert. Eine Rechte, die sich „vernünftig“ inszeniert, eine Linke, die der fossilen Rechten den Schneid abkauft, die Grünen, die die letzten sind, mit denen Klimaschutz tatsächlich umsetzbar erscheint. Inkompetenz, politische Taktiererei, Selbstdarstellung, und eine geschliffene Brandmauer. So *könnte* man ein Jahr Stadtrat auch zusammenfassen.

Doch der Geist der DISSIDENTEN ist eben einer, der sich ob der überwältigenden Unvernunft das Politische nicht madig machen lässt, das Mitmischen wo es manchmal möglich ist, oder wenigstens das Bloßstellen der Idiotie der Anderen nicht nehmen lässt. Oder wie es ein Frankfurter Philosoph im Jahr 1944 auszudrücken wusste: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“

Nächstes Jahr, am 9. Juni 2024, werden die Karten neu gemischt. Die DISSIDENTEN treten voraussichtlich auf drei verschiedenen Wahl-listen zur Stadtratswahl an, in der Hoffnung, den Dresdner Verhältnissen etwas entgegenzusetzen. Ob ihr Schreiberling es dann noch in Dresden aushält, oder zurück in die Freie Stadt Leipzig flüchtet, steht noch in den Sternen. Doch bis dahin schreibe ich mir gern die Finger wund, um wenigstens einen Schimmer der Restvernunft zu Papier zu bringen. Auch wenn's lediglich eine Flaschenpost bleibt.

Eine besinnliche Jahresendfeier wünscht allen Elbtalinsassen
Tom Rodig
Fraktionsreferent



TSCHÜSS, 2023!

Was dieses Jahr wichtig, unwichtig, zum Aufregen und zum Vergessen war

Januar

Satzung für eine transparente Verwaltung

Oftmals stellt sich das Handeln der Stadtverwaltung als eine undurchsichtige Blackbox dar. Um den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, in Verwaltungshandeln Einsicht zu erlangen, hat der sächsische Landtag ein Transparenzgesetz erlassen, das zum 1. Januar '23 in Kraft getreten ist. Zeit wurde es: Lange hinkte Sachsen hinterher bei der Informationsfreiheit, nur noch Bayern und Niedersachsen haben noch kein Transparenzgesetz. Nun aber gibt es ein solches Gesetz. Problem: Es gilt nicht automatisch für die Kommunen. Vor Ort müssen noch kommunale Satzungen durch den Stadtrat beschlossen werden. Dies hatten die DISSIDENTEN im Januar mit ihrem Antrag „Transparenzsetzung für Dresden“ in die Wege geleitet. Zudem soll die Stadt eine Online-Plattform einrichten, die für alle Bewohner*innen Dresdens die Hemmschwelle, Nachfragen zu stellen, noch einmal reduziert. Der DISSIDENTEN-Stadtrat Martin Schulze-Wissermann (Piraten) dazu: „Wir wollen die gläserne Verwaltung, nicht den gläsernen Menschen.“



Februar

Ein Machwerk der Restriktion

Aus der Reihe „Schuss in den Ofen“ – im Februar war der Entwurf der Polizeiverordnung Thema, der offenbar aus der Feder der Verwaltung stammte, als der Bürgermeisterposten besetzt war. Und so war es auch keine Überraschung, dass der Vorschlag politischen Sprengstoff

enthielt. Sogar die Verwaltung sprach selbst von „rechtlichem Neuland“. Die Verordnung sollte „Menschenansammlungen“, von denen „umzumutbarer Lärm“ ausgeht, sanktionieren. Und zwar die gesamte Ansammlung, nicht nur einzelne darin. Es würde also potentiell teuer für jene, die schlichtweg dabei stehen, wo von einer Gruppe Lärm ausgeht. Rechtlich war das Ganze gelinde gesagt eine äußerst schwammige Angelegenheit. Als dann das große Bohei um die Besetzung der Bürgermeister:innenposten beendet war, Eva Jähnigen nun für Ordnung zuständig, verschwand die Vorlage auch wieder in der Versenkung. Jähnigen wurde oft für ihre mangelnde Durchsetzungs- und Umsetzungsfähigkeit kritisiert, doch in diesem Fall könnte man behaupten, dass Aktionismus der Sache nur geschadet hätte. Gut, dass die Verordnung in der Tonne gelandet ist. Doch die DISSIDENTEN nutzen das Momentum sich eingehender mit der „Besonderen Einsatzgruppe“ des O-Amtes auseinanderzusetzen: Im Antrag „Ordnungsamt entwapfen“ hatte Stadtrat Max Aschenbach gefordert, den „Knüppelungen“ ihre Küppel abzunehmen, allein schon um der Tendenz zur Aufrüstung von Ordnungsbediensteten entgegenzuwirken. Leider wollte sich eine Mehrheit im Stadtrat dazu nicht hinreißen lassen. Dafür ist ihnen eine bewaffnete Ordnungstruppe offenbar doch zu wichtig.

März

Oben? Ohne!

Im März kamen zwei Piratinnen, Anne Herpertz und Stephanie Henkel, mit einem Antrag in die Fraktion, um die Badeordnung der städtischen Dresdner Bäder anzupassen. Diese schrieb vor, dass weibliche Brüste beim Baden bedeckt sein mussten und lediglich zum Sonnen im Freibad das Oberteil gelüftet werden durfte. Eine Regelung, so verstaubt und prude, dass die DISSIDENTEN den Antrag einreichten. Denn wer im Jahr 2023 immer noch Brüste sexualisiert und an binären Geschlechterrollen festhält, lebt im Gestern. Doch kaum hatte die Fraktion den Antrag eingereicht, hat die Dresdner Bäder GmbH selbst die Badeordnung Anfang Mai geändert. Da anscheinend die Nachfrage „oben ohne“ zu baden nach unse-

rem Antrag so groß war, hat die Bäder GmbH direkt Tatsachen geschaffen. So musste der Antrag nicht einmal im Stadtrat abgestimmt werden. Ein voller Erfolg. Wenn Politik nur immer so einfach sein könnte!



April

Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben

Wer ohne Ticket in Bus oder Bahn unterwegs ist, muss ein „erhöhtes Beförderungsentgelt“ bezahlen, wenn man erwischt wird. Soweit, so normal. Allerdings ist das sogenannte „Schwarzfahren“ nicht nur eine Ordnungswidrigkeit, sondern nach §265a StGB eine Straftat. „Erschleichung einer Leistung“ nennt sich das – und wenn man die Strafe nicht bezahlen kann: dann geht man in den Knast! Die Justiz wird dadurch verstopft und kann sich nicht mit sinnvolleren Dingen beschäftigen. Und schließlich kostet uns alle als Gesellschaft jeder einzelne Knasttag über 150 EUR. Und wofür? Dafür, dass wir im Wesentlichen die schwächsten und ärmsten Menschen für ein 2,70-EUR-Vergehen ins Gefängnis werfen. Dabei wäre es für uns als Stadt einfach, diesen Missstand zu beenden: Die DVB müsste einfach aufhören, die Menschen strafrechtlich anzuzeigen. Sie sind sowieso mit Gerichtsvollzieher, Schufa und Mahngebühren genug bestraft. Der Vorstoß der DISSIDENTEN im April wurde jedoch erstmal wegen Formfehlern abgeschmettert. Die DVB hingegen ist allerdings auch inhaltlich mit dem Antrag nicht einverstanden. Zwar äußerte sie sich nicht öffentlich zum DISSIDENTEN-Antrag, doch wird die Debatte um den §265a StGB auch auf Bundesebene geführt. Justizminister Buschmann ist für die Abschaffung, die Verkehrsbetriebe protestieren. Die DISSIDENTEN bleiben in jedem Fall dran!

Mai

In den Container abgeschoben

Was man mit Dresden eher nicht verbindet, das sind unaufgeregte Debatten über die Unterbringung von Geflüchteten. Eine solche Debatte kam im Frühjahr auf, als die Verwaltung ankündigte neun Standorte für Container in Betracht zu ziehen, denn die Unterbringungskapazitäten seien erschöpft. Das ließen sich Stadtgesellschaft und Politik nicht zweimal sagen und das Rumoren wurde laut. Die CDU forderte sogar, in typischer Manier als verlängerter Arm des Volkszorns (bzw. der AfD), eine Abschaffung des „Sicheren Hafens“, erst ein Jahr vorher vom Stadtrat beschlossen. Natürlich gab es kritische Punkte am Container-Vorschlag der Verwaltung. Zum Beispiel, dass wieder nur Viertel ausgewählt worden, in denen eh bereits viele Flüchtlinge wohnen. Containerdorf Loschwitz? Fehlzanzeige. Dafür gab es lange und zähe Verhandlungen in den Stadtbezirksbeiräten, und am Ende eine Reduzierung der Standortzahl von neun auf sieben. Es war alles wieder wie 2015: Da hatte die Verwaltung bereits auf die unnachhaltige Containerlösung gesetzt, suggerierend dass die Zahl von Geflüchteten in den nächsten Jahren wieder abnehme. Bei dem Blick auf die Weltlage, eine äußerst naive Einschätzung. Damals stimmte der Stadtrat dagegen, und es konnten dennoch alle Menschen untergebracht werden. Der aktuellen Vorlage stimmten die DISSIDENTEN jedoch zähneknirschend zu.

Juni

Nebenan in der Neustadt

Sommerzeit? Zeit um mal rauszukommen! Bei den DISSIDENTEN bedeutete dies Ende Juni für ganze zehn Tage das Rathaus zu verlassen und ihre Arbeitsräumlichkeiten in die Neustadt zu verlagern. In einem Kraftakt wurde zudem ein Programm zusammengestellt von über 20 Punkten, mit denen dann jeden Tag die Kneipe Nebenan bespielt wurde. Ausgeschenkt wurde Bier von den Fraktionsmitarbeitenden und manchmal sogar einigen Stadträten, wenn sie nicht gerade selber mit Bürger:innen im Gespräch waren um alle möglichen Themen von Klima, über Verkehr, bis zu Kultur und Digitalisierung zu diskutieren. Auch wurden die DISSIDENTEN praktisch, beispielsweise bei der Durchführung einer eigenen „Spielstraße auf Zeit“, das von den kleinen und großen Anwohnenden direkt mit Leben gefüllt wurde. Aber auch Konzerte und Vorträge, Diskussionsrunden und Podiumsgespräche fanden statt. Ein Highlight war das Podium zum Thema Zusammenarbeit im Stadtrat, dass durch Stadträt:innen der verschiedenen, demokratischen Parteien besetzt war und auch „normalen Menschen“ die Möglichkeit gab, sich über die Arbeit im Stadtrat zu informieren und die Stadträte selbst im Anschluss zu befragen. Ein Ausflug in die „echte Welt“ der von vielen Besuchenden gut aufgenommen wurde.

wurden gedruckt, nachdem in wochenlanger Arbeit eine Zeitung geschrieben, getextet und im Stile einer MOPO-Hommage designt wurde. Dass die Sonderausgabe „sogar“ in den Briefkästen landete, war nicht ganz selbstverständlich. Denn jene, die wir mit der Verteilung beauftragt hatten (der Druckauftrag war bereits ausgelöst!), waren von der DISSIDENTEN-Zeitung, gelinde gesagt nicht ganz so begeistert. Die DDV, denen auch die MOPO gehört, weigerte sich, die Publikation zu verbreiten, es standen Vorwürfe der „Urheberrechtsverletzung“ im Raum. Eine tatkräftige Kanzlei wusste diesem juristischen Unfug zu widersprechen, doch letztlich blieb als Verteilorgan nur noch die Deutsche Post. Und so fand das „Extrablatt“ doch noch seinen Weg in die Briefkästen.

August

Chips für Dresden

Wenn die Großindustrie anklopft, werden eilig alle Geldhähne geöffnet, um eine Ansiedlung herbeizuführen. Denn Großindustrie heißt immer: Große Gewerbesteuererinnahmen, also Geld für die Stadt. Dass sich zudem der Taiwanische Chipriese TSMC ansiedeln will, passt außerdem ganz hervorragend in die europäischen Autonomiebestrebungen: Unabhängigkeit vom Weltmarkt in der Chipproduktion. Doch wo angesiedelt wird, da fallen gerne einmal Mitbestimmungsrechte des Stadtrates (zum Wohl des „Großen Ganzen“) unter den Tisch. Dies wollten die DISSIDENTEN schon im Keim verhindern, mit ihrer Anfrage zur Ansiedlung im August. Denn ein solches Großprojekt eröffnet Fragen zum Verkehr, zum Wohnen, Ökologie, insbesondere der Wasserversorgung, da Chipwerke einen sehr hohen Wasserverbrauch haben. Die Unternehmen, die kommen, erwarten natürlich von der Stadt und dem Land eine sehr entgegenkommende Haltung, vor allem was ihr teures Unterfangen an „Grundversorgung“ benötigt. So kam es wenige Monate später schon zum ersten Diskussionspunkt: Die Stadt möge 50 Millionen Euro dazugeben für die Wasserversorgung, das Land habe TSMC bereits die nötigen Aufwendungen versprochen. Da war es also schon passiert, was die DISSIDENTEN verhindern wollten: Entscheidungen werden dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt, Mitsprache sieht anders aus. Um die „kommunale Pla-

IMPRESSUM

Herausgeberin: **Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden**
Kontakt: Rathaus, Raum 1/052
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Telefon: 0351 4881131
dissidenten-fraktion@dresden.de

Redaktion: Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach

Gestaltung: Agentur Grafikladen, Dresden

Produktion: Rathausdruckerei, 1000 Stück

Im Internet: www.dissidenten-fraktion.de



Bildnachweise: S.1-2: DISSIDENTEN, S. 3: Landeshauptstadt Dresden



Juli

Extrablatt, Extrablatt!

Nicht nur die DISSIDENTEN höchstselbst traten dort auf, wo die Leute leben. Im Sommer landeten sie sogar in den Briefkästen der Menschen in Dresden. Insgesamt 60.000 Ausgaben des „Extrablatt“

nungshoheit“ wieder zurückzugewinnen, haben die DISSIDENTEN durchgesetzt, dass der Wirtschaftsausschuss aktiv in die Planung mit einbezogen wird. Um Pirat Schulte-Wissermann zu zitieren: „Wir werden sehen, wie sich dieses zarte Pflänzchen der Partizipation entwickelt.“



September **BuGa 2033**

Selten gibt es Themen, für die sich der Stadtrat fraktionsübergreifend begeistern kann. Einer dieser Gassenhauer war der Stadtratsbeschluss über die Prüfung einer möglichen Bewerbung für die Bundesgartenschau - BuGa 2033. Nun steckt der Teufel genauso selten nicht im Detail. Und dass der DISSIDENT und Experte für eine klimagerechte Stadt, Johannes Lichdi, zu eben jenen Details eine Menge zu sagen hatte, bedeutete im Nachgang zum BuGa-Beschluss eine umfangreiche Konvolut an Vorschlägen, was bei einer Bundesgartenschau in Dresden alles mitzudenken sei. Denn eine moderne BuGa ist eben kein großes, buntes Blumenmeer mehr - sondern muss als stadtentwicklungspolitische Chance gesehen werden. Denn mit einer Gartenschau dieser Größenordnung lassen sich ganz entscheidende Fragen aufwerfen: Wie gelingt Anpassung an den Klimawandel? Wie kann die gesamte Stadt in die BuGa eingebunden werden? Wie kann die BuGa das Mikroklima verbessern, gerade in einer Großstadt wie Dresden, und zwar nachhaltig? All diese Fragen sind nur ein erster Ansatz, aber sie werden hoffentlich nachhaltige Antworten nach sich ziehen. Dass sich Dresden auf die BuGa 33 bewirbt ist so gut wie sicher. Dass sie auch taugt, dafür werden (auch) die DISSIDENTEN Sorge tragen.

Oktober **Hilberts teure Party im Rathaus**

Die Freude muss groß gewesen sein. Nicht nur bei der Ü-18-Party im Rathaus, die sich an gerade volljährige Dresdner:innen richtete und jährlich ca. 2000-3000 Gäste zum Herkules lockt. Auch in den Fraktionsstuben wurde frohlockt. Denn wie Hilbert die Parties finanzierte und wer dafür die Gelder einstrich, das musste den Verdacht der „Vetternwirtschaft“ geradezu provozieren. Umgesetzt wurden die Sausen nämlich von Hilbert-Freund und Mitglied seines Wahlvereins, Frank Schröder. Auch dass die Gelder mit einem Gesamtvolumen von 400.000 Euro teilweise „freihändig“ vergeben wurden, erweckte deutliche Zweifel, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Stadtspitze war sich jedenfalls keiner Schuld bewusst und Hilbert ließ verarbeiten, er habe sich nichts vorwerfen zu lassen. Doch so recht wollte das keine der Fraktionen glauben und kritische Nachfragen wurden gestellt, unter anderem von Max Aschenbach (Die PARTEI). Neben einer pampigen Antwort gab es bis dato allerdings keine echte Aufklärung. Die Rechnungsprüfung soll nun prüfen. Es bleibt also spannend um die Rathausepisode von Hilbert.

November **Rückkauf geglückt!**

Bezahlbarer Wohnraum in Dresden ist Mangelware. Das dürfte von keiner vernünftigen Partei im Stadtrat abgestritten werden. Dieser Trend der Wohnraumverknappung und vor allem: Verteuerung, ist bundesweit zu beobachten und wenn man von den Rufen der Neoliberalen (AfD, FDP) absieht, ist die Mehrheit des Stadtrates der Ansicht, dass mehr Wohnraum in städtische Hand gehört. Vor allem, wenn man auf die leidvolle Geschichte des Ausverkaufs städtischen Wohneigentums in Dresden schaut. Diese Erkenntnis nun ist mittlerweile auch zum Oberbürgermeister durchgedrungen, der, beauftragt vom Stadtrat, mit dem Wohnungskonzern Vonovia über einen Ankauf verhandelt hat. Von den 38.500 Wohnungen, die die Vonovia in Dresden besitzt, will sie 6.000 Stück abstoßen. Die Krise des Immobiliengewerbes hat auch sie getroffen. Nun hat Hilbert

ausgehandelt, dass 1.213 Wohnungen und 12 ha Bauland in Dresden von der Stadt aufgekauft werden. Im Dezember soll der Beschluss dazu im Rat gefasst werden. Wohnexperte und DISSIDENT Michael Schmelich dazu: „Damit wäre wirklich ein erster Schritt für eine neue Wohnungspolitik in Dresden gemacht.“ Hoffen wir, dass dies wirklich nur der Anfang war.

Dezember **Endlich Konzept zur Dekarbonisierung!**

Im November 2020 wurde die SachsenEnergie vom Stadtrat beauftragt bis zum 31. Dezember ein Konzept zu erstellen, wie der lokale Energieversorger CO2-neutral werden könne. Allerdings nicht diesen Jahres, sondern schon 2021. Nun, zwei Jahre später gibt es dieses Konzept, und die DISSIDENTEN sind der Meinung: Da muss deutlich nachgebessert werden. Stadtrat Johannes Lichdi stellt fest: „Das Dekarbonisierungskonzept trägt zwar diesen Namen, es ist aber keines.“ Vor allem die Zeitspanne, bis wann die Dekarbonisierung abgeschlossen werden soll, verstört: Entgegen des Stadtratsbeschlusses, dass Dresden bis 2035 klimaneutral werden soll, plant die SachsenEnergie bis 2045. Nun liegt das Konzept zwar dem Stadtrat vor, nicht jedoch der Öffentlichkeit. Und diese hatte gerade erst durch die Initiative „Dresden Zero“ ein Bürgerbegehren durchgeführt. Es würden also nicht nur die 70 vom Volk gewählten Stadträt:innen in ihren Beschlüssen übergangen, auch die 31.000 Unterzeichner:innen des Bürgerbegehrens werden ignoriert. Begründet wird das schleppende Vorgehen mit den hohen Kosten, die eine Dekarbonisierung verursacht. Allerdings verschweigt die SachsenEnergie dabei die Folgekosten, die ihre fossile Energiepolitik zeitigt. Und womöglich um ein vielfaches höher sind, als direkt auf klimafreundliche Technik umzustellen. So wird beispielsweise in eine 200 Mio. Euro teure Müllverbrennungsanlage investiert. Oder um den NABU zu zitieren: „Abfallverbrennung ist keine klimaneutrale Wärmeversorgung!“. Die SE und den OB scheint das wenig zu kümmern. Es bleibt also ein harter Kampf um eine Energieversorgung die für alle Dresdner:innen da ist - und nicht ihre Lebensgrundlagen den Bach runtergehen lässt.